

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Dienstag, 18. Dezember 1973

Blatt 2460

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Fortsetzung der Budgetdebatte (Geschäftsgruppe VI, Umwelt und öffentliche Einrichtungen, Stadtrat Peter Schieder, Geschäftsgruppe VII, Wohnen und Liegenschaftswesen, Vizebürgermeister Hubert Pfoch)
 Im Jänner Gespräche Wien-Niederösterreich
 Der "Maulwurf" wieder im Ziel
 Keine Kunststoffsärgen in Österreich

Kommunal/Wirtschaft: Wechsel in der Geschäftsführung des "Bauring Wien"

Lokal/Sport: Himmelhof-Lift pro Fahrt zwei Schilling

Chef vom Dienst 42 800/2971 Durchwahl

Kommunal:Fortsetzung der Budgetdebatte

(Umwelt und Öffentliche Einrichtungen)

Wien, 18.12. (RK) Eine "Umweltschutz-Luftzentrale" für Wien kündigte der neue Stadtrat für Umwelt und öffentliche Einrichtungen, Peter Schieder (SPÖ), in seinem Referat in der Budgetdebatte am Dienstag im Gemeinderat an. An drei Stellen in der Bundeshauptstadt sollen messende und selbstregistrierende Schwefeldioxyd-Monitoren aufgestellt werden. Sie werden durch Telemetrie ständig mit der Zentral verbunden sein. Der SO_2 Gehalt der Luft in diesen Bereichen wird daher jederzeit abgefragt und kontrolliert werden können.

Schieder bekannte sich dazu, die Öffentlichkeit über die Umweltsituation laufend zu informieren. Es dürfe in Wien keine Geheimökologie geben. Der Stadtrat kündigte die rasche Veröffentlichung von Ergebnissen und die sofortige Bekanntgabe von Maßnahmen an.

Sehr viel werde im kommenden Jahr auf dem legislativen Gebiet zu tun sein. Neben der Mitarbeit an Bundesgesetzen sollen im kommenden Jahr unter anderem folgende landesgesetzliche Vorhaben realisiert werden:

- o Das Wiener Garagengesetz - mit einem Verbot der Errichtung von Tankstellen in reinen Wohnvierteln
- o Die Novellierung des Gesetzes über Kanalanlagen und Einmündungen
- o Ein Abfallbeseitigungsgesetz
- o Die Novellierung des Feuerpolizeigesetzes im Sinne einer verbesserten Luftreinhaltung
- o Das Grünlandschutzgesetz. Dieses Gesetz soll schon in den nächsten Monaten dem Landtag vorgelegt werden.

Weitere Schwerpunkte zur Sicherung und Verbesserung einer gesunden Umwelt: Besonderes Augenmerk werde nach Schieder im kommenden Jahr dem Lärmschutz und der Lärmschutzvorkehrung gewidmet werden. In Zusammenarbeit mit den Wiener Nationalräten und Bundesräten werde sich die Stadt Wien bemühen, daß die Empfehlungen des

Europarates, - zum Beispiel ein generelles Verbot der Überschallflüge - vom Bundesgesetzgeber rasch behandelt werden. Der neue Umweltstadtrat deponierte gleich zu Beginn seiner Rede die Feststellung, daß viele Probleme von der Stadt Wien nicht allein gelöst werden können. In manchen Bereichen seien auch bundeseinheitliche Regelungen zu wenig. Die internationale Zusammenarbeit werde dringend notwendig sein. Die Dimension der Probleme verlange, neben einem ständigen Dialog mit den anderen Bundesländern, intensiven Kontakt mit der Regierung, der UNESCO, dem Europarat und dem internationalen Städtebund, eine enge Kooperation mit anderen Millionenstädten in aller Welt.

Das relativ gute Zeugnis, das den Wiener Umweltverhältnissen ausgestellt werden kann, dürfe nicht dazu führen, in Selbstzufriedenheit zu verfallen oder gar die Umweltprobleme zu unterschätzen.

Nach den Vorstellungen von Stadtrat Schieder soll der Beirat für Fragen des Umweltschutzes in Wien seine Tätigkeit verstärkt fortsetzen. Dieser Beirat habe die Aufgabe, die Stadtverwaltung in grundsätzlichen Fragen des Umweltschutzes zu beraten, eine langfristige Umweltschutzkonzeption auszuarbeiten und Vorschläge und Empfehlungen für Maßnahmen zu erstatten.

Im Zusammenhang mit der Beseitigung von Autowracks verstärkte Stadtrat Schieder eine Überlegung, die Bürgermeister Leopold Gratz vor einigen Monaten angestellt hatte: Man sollte überdenken, meinte der Stadtrat, ob man nicht für die Beseitigung dieser Fahrzeuge private Firmen stärker heranziehen könne.

Die Frage, was uns eine bessere Umwelt wert ist, könne nicht der Stadtsenat oder Gemeinderat beantworten. Es werde eine Antwort der gesamten Wiener Bevölkerung sein müssen.

Dem Presse- und Informationsdienst werde die wichtige Aufgabe zukommen, den Kontakt zwischen der Stadtverwaltung und den Bewohnern Wiens zu pflegen und die Medien für ihre Berichterstattung wahrheitsgetreu und umfassend zu informieren.

Seine Neugestaltung und Umorganisation werde unerläßlich sein, soll er diesen Aufgaben entsprechen. Schieder kündigte an, daß sich die Stadt Wien eingehend mit der Medienpolitik beschäftigen werde. Die Problemkreise ORF-Reform, Landesstudio Wien, Wochenschau neue elektronische Medien und Massenmedienrecht müßten hier einbezogen werden.

./.

Schieder wies den Vorwurf zurück, daß der Presse- und Informationsdienst in der Vergangenheit indirekt Propaganda für die SPÖ betrieben habe: Das Informationswesen habe über die Aktivitäten der Stadt zu informieren. Wenn viele Maßnahmen in Wien dann für eine Partei sprächen und dadurch für sie würben, dann läge es nicht am Informationsdienst, sondern wahrscheinlich an der Qualität der Maßnahmen und an der Politik dieser Partei.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Kommunal:Fortsetzung der Budgetdebatte

(Wohnen und Liegenschaftswesen)

Wien, 18. 12. (RK) Vizebürgermeister Hubert Pfoch gab Dienstag nachmittag einen umfassenden Überblick über sein Ressort Wohnen und Liegenschaftswesen (Geschäftsgruppe VII), dessen Budgetansatz im Voranschlag 1974 mit 28,3 Milliarden Schilling beziffert ist.

Mit einer entsprechenden Dotierung der Hochbauvorhaben, insbesondere auf dem Wohnbausektor, werde die Wirtschaft im kommenden Jahr wertvolle Impulse erhalten. Darüber hinaus werde ein maßgeblicher Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung geleistet.

Die Schwerpunkte auf dem Hochbausektor: Neubau AKH (Fertigstellung der zweiten Ausbaustufe), Neubau Rudolfsstiftung, Sport- und Bäderbauten, Schulen, Wohnbauten.

Auch 1974 werden wieder 5.000 städtische Wohnungen gebaut werden, betonte Pfoch. Mindestens ebensoviele werden gefördert und durch gemeinnützige Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaften sowie Einzelbewerber gebaut werden.

Pfoch nannte zwei Ursachen dafür, daß im Wohnhausbau 1973 nicht alle bereitgestellten Mittel voll verwendet werden konnten: Den Mangel an baureifen Gründen und die stark überhöhten Baupreise.

Ausführlich befaßte sich der Vizebürgermeister mit dem Problem der Bodenpolitik. Die Schwierigkeiten würden deutlich durch die Tatsache, daß etwa für den Bau von 5.000 Wohnungen, einschließlich der erforderlichen Infrastruktur, rund eine Million Quadratmeter Grundflächen notwendig sind. Das entspricht etwa der Fläche der Josefstadt.

Pfoch: "Das so viel gerühmte freie Spiel der Kräfte, bei dem das Angebot und die Nachfrage den Preis bestimmen, ist erstens nicht frei und zweitens kein Spiel. Es nützt vielmehr ... einer kleinen Gruppe von Spekulanten, die weit über bürgerlichen Gewinn hinausgehend Profite erzielt." Jeder Tag, der das Wirksamwerden des im Parlament liegenden Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes verzögere, bringe daher den Ländern und Gemeinden hohe Lasten und einigen Maklern weiterhin Gewinne.

1973 standen insgesamt 534,7 Millionen Schilling für den Grunderwerb zur Verfügung. Die bedeutendste Grundtransaktion war dabei der Erwerb großer Grundflächen von den Bundesforsten, die vor allem von wasserwirtschaftlichem Interesse sind.

Für 1974 sind 475 Millionen Schilling für den Grunderwerb veranschlagt. Vizebürgermeister Pfoch appelierte in diesem Zusammenhang an alle Wiener, die Grund und Boden abgeben wollen, aber auch an die Althausbesitzer, diese Liegenschaften der Magistratsabteilung 69 (Grundtransaktionen) zum Kauf anzubieten. Pfoch: "Unsere Ziele im Zusammenhang mit der Stadterneuerung könnten damit leichter erreicht werden."

Pfoch ließ auch keinen Zweifel darüber, daß die Stadt Wien allen energisch entgegentreten werde, die Landwirtschaftsflächen oder Baugrund mit einer niedrigen Bauklasse in der Absicht aufzukaufen, daß dann eine Umwidmung zu ihren Gunsten erfolgt, und die oft kostspielige Schaffung der Infrastruktur der Stadtverwaltung aufgelastet wird. Auch jene werden von der Wohnbauförderung ausgeschlossen, die Grundstücke zu stark überhöhten Preisen kaufen, betonte Pfoch. Wer im Grundbuch einen anderen Bodenpreis angibt, als den tatsächlich bezahlten, und die oft bedeutenden Mehrkosten auf die Wohnungswerber überwälzt, könne nicht mit einer Förderung seiner Bauabsichten rechnen.

Die bauausführenden Dienststellen seines Ressorts werden im kommenden Jahr einen Bauaufwand von 3,1 Milliarden Schilling umsetzen und damit der Wirtschaft wesentliche Impulse geben, unterstrich Vizebürgermeister Pfoch.

Zur Wohnbaupolitik erläuterte Vizebürgermeister Pfoch, daß Anfang 1973 mit der Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 auch eine Änderung des Finanzierungsmodus eingetreten sei. Für den Bau von Volkswohnungen werden demnach jetzt jeweils 45 Prozent Landesmittel und Hypothekarmittel sowie zehn Prozent Eigenmittel verwendet.

Beim Vergleich der von der Landesregierung beschlossenen Summen des Jahres 1972 und 1973 müsse berücksichtigt werden, daß mit den Beträgen des Jahres 1973 (die höher als die des gesamten Vorjahres sind) nur 45 Prozent der Gesamtbaukosten, anstatt 60 Prozent im Vorjahr, finanziert wurden. Auf die Zahl der geförderten

Wohnungen umgelegt, bedeute dies eine Steigerung auf 9.248 Wohneinheiten (gegenüber 8.618 im Vorjahr).

Auf Grund des fünfjährigen Wohnbauprogrammes des Landes Wien erscheine die Bautätigkeit auch für das nächste Jahr ausreichend gesichert, hob Pfoch hervor. Parallel zum Wohnbau werde auch der Wohnungsverbesserung verstärktes Augenmerk zugewendet.

Die Zahl der Mieteranträge auf Wohnungsverbesserungen übersteige jene der Hauseigentümer um das Fünffache und kostenmäßig um das Doppelte. Es gehe dabei vor allem um die Installierung von Bädern, WC-Einbauten, Etagenheizungen, Gas-, Wasser- und Elektroleitungen.

Die Zahl der Wohnungsvormerkungen sei, trotz verstärkter Vorvergabe 1973, leicht angestiegen und betrage derzeit 18.300. Dies deshalb, weil viele private Althäuser abgetragen werden sollen und die Mieter in den meisten Fällen um Zuweisung einer Wohnung ansuchen.

Mit der Anhebung der Wohnungsdurchschnittsgröße auf 75 Quadratmeter nehme Wien im kommunalen Wohnbau eine Spitzenstellung ein, führte Vizebürgermeister Pfoch aus.

Schließlich sollen auch die Fragen der Garagenbaufinanzierung, der Kostenübertragung auf die Stellplatzinhaber und der Verwaltung in nächster Zeit mit entsprechenden Vorschlägen in Angriff genommen werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

im jaenner gespraech wien-niederoesterreich

3 wien, 18.12. (rk) im jaenner werden der wiener buergermeister leopold g r a t z und niederoesterreichs landeshauptmann andreas m a u r e r zusammentreffen, um gespraech ueber probleme zu fuehren, von denen beide bundeslaender betroffen sind. dies teilte buergermeister gratz heute, dienstag, in der sitzung des wiener stadtsenates mit. gratz betonte, er begruesse die bereitschaft niederoesterreichs, gemeinsam mit wien an die loesung der ueber die laendergrenzen hinausreichenden probleme heranzugehen.

zu dieser mitteilung des wiener buergermeisters kam es im zusammenhang mit der uebertragung der planungs- und widmungsvorarbeiten fuer die stadterweiterung wien-sued im bereich der draschegruende an eine architektengruppe. die oevp-stadtraete wandten sich gegen die vergabe dieses auftrages, weil der stadterneuerung der vorzug gegeben werden sollte. die spoe-fraktion bekannte sich ebenfalls zur stadterneuerung, stellte jedoch fest, dass die rechtzeitige planung auch der randgebiete unerlaesslich sei. die stadterneuerung koenne erst wirksam begonnen werden, wenn ein brauchbares bodenbeschaffungs- und assanierungsgesetz vorliege. ''wenn wir nicht rechtzeitig fuer planung und widmung auch der randgebiete sorgen'', erklaerte planungsstadtrat ing. fritz hofmann, ''koennten wir sehr leicht in die lage geraten, dass das kommunale wohnbauprogramm wegen des mangels an baugruenden empfindlich eingeschraenkt werden muesse.''

der stadtsenat stimmte auch mit mehrheit dem entwurf eines gesetzes zu, mit dem das getraenkesteuergesetz fuer wien im zusammenhang mit der einbeziehung von bier in die gestraenkesteuer abgeaendert wird. die oevp-fraktion verlangte eine abaenderung des entwurfes in der weise, dass die eingehenden steuerbeträge zweckgebunden fuer den ausbau der altersheime verwendet werden sollen. finanzstadtrat h a n s m a y r und gesundheitsstadtrat dr. a l o i s s t a c h e r ersuchten, auf die zweckbindung zu verzichten, weil nur durch verbesserungen im gesamten gesundheits- und wohlfahrtswesen besserungen fuer die alten bewohner unserer stadt erreicht werden koennen.

k o m m u n a l :

=====

der 'maulwurf' wieder im ziel

4 wien, 18.12. (rk) am donnerstag dieser woche ist es wieder einmal so weit: der 'maulwurf' faehrt in den zielschacht columbusplatz ein. damit ist die letzte tunnelroehre der suedlichen strecke der u 1 zwischen stephansplatz und reumannplatz fertiggestellt. fuer die 512 meter lange tunnelroehre hat der vollmechanische vortriebs-schild eine tagesdurchschnittsleistung von elf meter erreicht. 90 meter dieses abschnittes mussten im bereich der suedbahnbruecke unter druckluft aufgefahren werden.

auf allen wiener u-bahn-baustellen wird vom 22. dezember bis einschliesslich 6. jaenner 'weihnachtsfrieden' herrschen, da die bauwirtschaft ihre traditionelle weihnachtspause einlegt.

geehrte redaktion

sie sind eingeladen, zu dem tunneldurchschlag berichterstatter und fotografen zu entsenden.

zeit: donnerstag, 20. dezember, 11 uhr.

treffpunkt: zielschacht columbusplatz. dort werden auch die helme ausgegeben.

1017

k o m m u n a l / w i r t s c h a f t :

=====

wechsel in der geschaeftsfuehrung des 'bauring wien'

wien, 18.12. (rk) in einer ausserordentlichen generalversammlung der bauring wien ges. mbh wurde montag ein wechsel in der geschaeftsfuehrung beschlossen. zu neuen geschaeftsfuehrern wurden direktor walter r e i s e r und direktor ing. konrad r a b e n r e i t e r bestellt. dieser schritt erfolgte in uebereinstimmung mit den bisherigen vorstandsdirektoren kommercialrat roland wawrowetz und dr. dipl.-ing. hubert zoellner.

direktor reiser, 48 jahre alt, war als betriebspruefer bei der finanzlandesdirektion und spaeter bei der zentralsparkasse der gemeinde wien taetig. 1969 wurde er zum geschaeftsfuehrer der wiener hafenbetriebsges. mbh bestellt.

direktor rabenreiter, 43 jahre alt, vom beruf baumeister, ist seit 7 jahren als prokurist der bauring wien ges. mbh mit der leitung der betriebsabteilung wibeba betraut.

+++

l o k a l / s p o r t :

=====

himmelhof-lift pro fahrt zwei schilling

5 wien, 18.12. (rk) in der letzten sitzung vor weihnachten wartete der wiener stadtsenat mit seinen angekuendigten 'christ-kindln' auf. auf antrag von vizebuergemeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r beschloss der stadtsenat, dass von 1. jaenner 1974 an die staedtischen museen und die bezirks-museen bei freiem eintritt besucht werden koennen.

fuer die benuetzung des neuen schleppliftes auf den himmelhof wurden die preise so niedrig festgesetzt, dass sich jedermann die benuetzung der liftanlage leisten koennen wird. der zehnerblock fuer kinder wurde mit 10 schilling, fuer erwachsene mit 20 schilling festgesetzt.

1050

budgetdebatte-richtigstellung

=====

6 wien, 18.12. (rk) im bericht gesundheitsdebatte, stadtrat
lenner, oevp (17. dezember, blatt 2444) soll es richtig heissen:
''wie dringend der bau des zentrums bereits sei, koenne an dem
umstand gemessen werden, dass fuer die 180.000 bewohner in florids-
dorf u n d d o n a u s t a d t ... ''.

ferner soll es bei der abstimmung zum kapitel gesundheit
(blatt 2446) richtig heissen: ''der f p o e - abaenderungs-
antrag (nicht oevp) betreffend erhoehung der mittel fuer bauliche
herstellungen fand keine mehrheit.''

1059

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Umweltschutz - Öffentliche Einrichtungen
=====

Wien, 18.12. (RK) GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) ging als erster Debattenredner ausführlich auf die Probleme des Umweltschutzes ein und meinte, die Kosten seien so lange schwer abschätzbar, als es keine klaren Zielvorstellungen und Konzepte gebe. Aus deutschen Untersuchungen wisse man, daß der Nachholbedarf zur Sanierung der Gewässer und der Luft sowie der Müllbeseitigung an Investitionen rund 60 Milliarden DM ausmache, zu denen noch rund zehn Prozent jährlicher Betriebskosten kämen, insgesamt jedenfalls rund zwei Prozent des gesamten Bruttosozialproduktes ausmache. In Wien jedenfalls halte man gleichsam bei der Stunde Null. Im Umweltschutzbericht heiße es, daß bei Luft-, Staub- und Lärmplage gelegentlich Toleranzgrenzen bereits überschritten worden seien.

Bauer bemängelte, daß es noch keine gesetzlich fixierten Grenzwerte ebenso wenig wie korrespondierende Alarmpläne gebe. Auch das Altölgesetz sei noch ausständig und zudem würde noch immer zu viel Trinkwasser als Nutzwasser verwendet. Auch die umweltfeindliche Verpackung zahlreicher Industrien bereite Sorge.

Der Redner gab auch zu überlegen, ob nicht bei der Einsammlung des Mülls eigene Gefäße für die Aufnahme von Altpapier aufgestellt werden sollten, weil der Papieranteil an Müll rund 27 Prozent ausmache, gleichzeitig aber nach Österreich Altpapier eingeführt werde.

Beim Presse- und Informationsdienst bemängelte Bauer die überproportionale Kostensteigerung, wodurch für diese Aufgaben etwa gleich viel Geld aufgewendet würde wie für die Kindergärten. Und diese Relation stimme nicht. Überdies: Er sei zwar für Information, nicht aber für Propaganda.

Auch der nächste Redner, GR. Dr. Glatzl (ÖVP), befaßte sich zunächst mit dem Pressedienst, dessen Unterstellung unter einen Politiker statt wie bisher unter den Magistratsdirektor, er bedauerte, der PID dürfe kein Propagandainstrument sein.

In "wien aktuell" sei seiner Meinung nach unverkennbar sozialistische Wahlhilfe geleistet worden und auch die Affichierung einiger Plakate während des Wahlkampfes hätte in diese Richtung gezielt.

Was die Neuorganisation des PID angehe, so sei die ÖVP zur Mitarbeit bereit, aber nur dann, wenn es kein Politikum im Sinne der SPÖ werde. Auch über die Existenzberechtigung von "wien aktuell" sprach Dr. Glatzl, wobei er eine echte Kostenrechnung durch einen Verlag verlangte.

Die Frage des Baumschutzes könnte seiner Meinung nach vielleicht besser als durch ein eigenes Gesetz in der neuen Bauordnung geregelt werden. Schließlich befaßte sich der Redner noch mit den Friedhöfen und stellte den Antrag, die Sperre für 16 Ortsfriedhöfe wieder aufzuheben und deren Weiterführung zu überlegen, wobei nicht betriebswirtschaftliche Überlegungen den Ausschlag geben dürften.

GR. Köch1 (ÖVP), der sich in der Debatte zur Geschäftsgruppe I mit dem Zivilschutz beschäftigt hatte, blieb auch beim Kapitel Umwelt und Öffentliche Einrichtungen bei seinem Generalthema. Da die Feuerwehr in die Agenden dieser Geschäftsgruppe falle, wolle er einige Anregungen zum Katastrophenschutz deponieren. Es sei erfreulich, daß die Organisation der Feuerwehr zeitgemäß sei. Die neue Bezeichnung "Feuerwehr und Katastropheneinsatz" für diese Abteilung schätze er als richtige Akzentuierung. Er müsse jedoch den fehlenden Kontakt zwischen militärischen und zivilen Stellen beim Katastrophenschutz beklagen. Seiner Meinung nach sei die Ansicht der Magistratsdirektion, daß ein gesondertes Befassen mit zusätzlichen Maßnahmen nicht notwendig sei, unverständlich. Koordinierte Maßnahmen seien unbedingt erforderlich. Seine Fraktion werde Initiativen dieser Art jede Unterstützung gewähren.

Ein Bild von den medienpolitischen Problemen und der medienpolitischen Situation in Österreich zeichnete GR. Edlinger (SPÖ). Die Konzentration der Presse in den Händen einiger weniger - die zwei größten österreichischen Zeitungen erreichen 60 Prozent aller österreichischen Zeitungsleser - berge die Gefahr in sich, daß die gesellschaftliche Realität, daß gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen nur einseitig wiedergegeben werden. Für den aktiven Bürger sei eine reine Fakteninformation zu wenig. Ihm müßte auch der Zusammenhang der Zwänge, der ökonomischen

Struktur und der Abhängigkeiten sichtbar gemacht werden. Eine verstärkte Information durch die Stadtverwaltung sei nicht zuletzt auch deswegen notwendig, weil nach einer Untersuchung die kommunalpolitische Berichterstattung in den Wiener Zeitungen nicht mehr als vier Prozent des Platzes fülle.

Die Kommunalillustrierte "wien aktuell" nannte Edlinger einen geglückten Versuch, eine Lücke in der Berichterstattung zu füllen. Die Jubiläums-Ausstellung im Rathaus könne als besonders markanter Beweis dafür gelten, daß die Informationstätigkeit der Stadtverwaltung nicht parteipolitisch ausgerichtet sei: Obwohl diese Ausstellung zur Wahlkampfzeit eröffnet wurde, habe es keinerlei Kritik gegeben, im Gegenteil: Sie habe... begeisterte Aufnahme gefunden.

Die bedenkliche Konzentration des Meinungsmonopols in den Händen einiger weniger zwingt zu Reformen. Eine der bedeutsamsten: die ORF-Novelle, durch die die Allmacht des Generalintendanten gebrochen werden sollte.

Edlinger deponierte die Forderung nach einem effektiveren Wiener Landesstudio. Es sei nicht einzusehen, warum ausgerechnet Wien seine Sendezeit mit zwei anderen Ländern teilen müsse. Das Bundesland Wien fühlt sich im Recht, wenn es eine ebenso umfangreiche kommunale Information verlange, wie sie anderen Ländern seit vielen Jahren zugestanden werde.

Die Stadtverwaltung werde in Zukunft auch den neuen elektronischen Medien, Kassetten- und Kabelfernsehen, besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Ein starker rechtlicher Einfluß der Öffentlichkeit müsse bei diesen Medien garantiert sein, eine Vermarktung müsse verhindert werden.

GR. Dr. Strunz (ÖVP) beschäftigte sich zunächst mit der Belastung der Luft durch Schadstoffe vom Autoverkehr beziehungsweise der Heizung. Die Einzelheizungsanlagen würden dabei mehr Giftstoffe ausstoßen als die Autos. Von ausländischen Untersuchungen wisse man, daß es deshalb bei Kindern schon zu Störungen gekommen sei. Es wäre angebracht, auch in Wien derartige Untersuchungen durchführen zu lassen. Als besonders störend bezeichnete Dr. Strunz die Heizungsanlage des Wiener Rathauses, die eine "Rußfabrik" sei. Dabei sollte doch die Verwaltung mit

gutem Beispiel vorangehen. Er stellte den Antrag, diese Anlage unzubauen. Ein weiterer Antrag betraf die Forderung, den sozial Benachteiligten einen Heizkostenzuschuß dann zu gewähren, wenn sie ihre Einzelanlagen auf Heizöl leicht umgestellt haben. Dies deshalb, weil der Preis für solches Heizöl um 40 Prozent gestiegen sei. Was die Müllverbrennungsanlagen angehe, so bemängelte der Redner das Fehlen von automatischen Meßgeräten, deren Installierung er ebenso beantragte wie die von Alarmgeräten.

Ein besonderes Problem des Umweltschutzes sei zudem die Frage, wie künftig der Abwasserschlamm beseitigt werden solle, fuhr Strunz fort. Er regte ferner an, die Wasserqualität der diversen kleinen Badeseen zu kontrollieren. Da auch in den städtischen Bädern die Wasserqualität gelegentlich zu wünschen übrig lasse, stellte er den Antrag auch dort regelmäßig zu überprüfen. Der Bedeutung der 60 Wiener Privatbäder - elf davon Sommerbäder - für die Erholung der Bevölkerung sollte in der Weise Rechnung getragen werden, daß sie in das städtische Bäderkonzept einbezogen werden und finanzielle Zuschüsse erhalten. Strunz stellte dazu einen entsprechenden Antrag. Die Versorgung der Wiener mit Grünflächen - 13 Quadratmeter pro Person - sei im gesamten gut, regional jedoch vielfach nicht ausreichend. Durch die Anlage von Kleinparks in den dichtverbauten Innenbezirken sollte dieses Manko wettgemacht werden. Beim Problem des Hochwasserschutzes urgierte Strunz die ökologische Diskussion über das Projekt. Abschließend bedauerte er, daß es für Wien noch kein Umweltschutzkonzept gäbe und daß der Umweltbericht teilweise falsch, aber jedenfalls sehr lückenhaft sei.

GR. Schemer (SPÖ) wies auf die Belästigung durch am Wochenende abgestellte Lastautos und Tankzüge und auf die Zunahme der Zahl der Autowracks und weggeworfenen Autoreifen hin. Die Fernwärme bezeichnete er als umweltfreundlich: Sie dürfe keineswegs verteufelt werden. Gerade in Krisenzeiten sei die zentrale Wärmeversorgung vorteilhafter als eine Einzelversorgung.

Schemer lobte die gute Wiener Situation bei den Grünflächen und meinte, eine Verbesserung gerade in den Innenbezirken könnte durch die Öffnung der privaten Hinterhöfe für die Allgemeinheit erreicht werden. Sehr ausführlich ging der Redner auch auf die zweite Piste für den Wiener Flughafen ein, wobei er vor allem GR. Hahn vorwarf, im Lauf der Zeit eine Meinungsschwenkung vorgenommen zu haben, ohne eine Verschwenkung der Piste bewirkt zu haben.

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Schieder auf die von den einzelnen Debattenrednern aufgeworfenen Fragen konkret ein. Im Zusammenhang mit der Errichtung einer zweiten Flughafenpiste in Schwechat sei ein zweites Gutachten angefordert worden. Zum Vorschlag von GR. Bauer, man solle doch prüfen, ob man für Altpapier nicht eigene Mülltonnen aufstellen könne: Es habe einen Versuch im Bundesländerhof gegeben, der nicht allzuviel Hoffnung gemacht habe. Die Bewohner hätten in die Altpapiertonnen auch anderen Müll geworfen, außerdem tauche das Problem des gesonderten Abtransportes auf.

Zu den Fragen, die im Zusammenhang mit der Kritik an den Kosten von "wien aktuell" gestellt wurden: "wien aktuell" koste 56 Groschen pro Leser. Man werde aber von Zeitungsverlagen Angebote einholen, ob die Produktion einer derartigen Publikation billiger gemacht werden könnte. Die Leserschaft von "wien aktuell" betrage 238.000, die verkaufte Auflage 7.000.

Der Stadtrat gab auch die Versicherung ab, daß die Stadtverwaltung den Möglichkeiten der neuen elektronischen Medien nicht unvorbereitet gegenüberstehen werde.

Zum Katastrophenschutz: Gesamtgesichtspunkte des Zivilschutzes würden berücksichtigt werden.

Zur Frage, ob das Rathaus nicht umweltfreundlicher beheizt werden könne: Auch das Rathaus werde dem Fernwärmering angeschlossen, eventuell sogar noch im kommenden Jahr.

Abstimmung: Einstimmige Zuweisung der Anträge an die Ausschüsse, Annahme des Budgets für die Geschäftsgruppe VI mit den Stimmen der SPÖ.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

./.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Ergänzung Budgetrede Pfoch

Vizebürgermeister Hubert Pfoch (SPÖ) nahm in seiner Budgetrede zusätzlich zusätzlich zu der erfreulichen Auftragslage bei öffentlichen Bauprojekten Stellung. Im August 1973 habe in Österreich der Auftragsstand 74,4 Milliarden Schilling betragen. Von der davon auf Wien entfallenden Summe von 7,6 Milliarden beziffern sich allein die öffentlichen Aufträge mit 4,6 Milliarden. Das bedeute gegenüber dem Stand März 1973 ein Plus von 16 Prozent (im gleichen Zeitraum Niederösterreich -4, Salzburg -6, Steiermark -14 und Tirol + 14 Prozent). Diese Zahlen, so betonte Pfoch, seien ein Hinweis darauf, daß durch die öffentliche Hand eine erwünschte Stützung durch gezielte Aufträge auf dem Bausektor möglich ist.

Vizebürgermeister Pfoch berichtete auch Erfreuliches über die geplanten Nachförderungen für Bauvorhaben aus der Wohnbauförderung 1968 und aus dem Wiener Wohnbaufonds. Mit der Bereitstellung von 250 bis 300 Millionen S können für die in Frage kommenden Wohnungswerber die aus den Lohnerhöhungen resultierenden Baukostensteigerungen abgedeckt werden. Der Lohnanteil macht rund die Hälfte der Kostensteigerungen aus, von dieser Hälfte werden 90 Prozent übernommen. Beispiel: Bei einer Nachzahlungssumme von 45.000 S ist mit einer Nachförderung in der Höhe von rund 20.000 S zu rechnen.

Debatte "Wohnen und Liegenschaftswesen"

GR. Krenn (FPÖ) übte unter anderem Kritik am Wohnbauprogramm der Stadtverwaltung, wobei er auch darauf hinwies, daß die Zahl der Wohnungswerber ständig steige und derzeit bereits 18.300 Personen beträgt. Gleichfalls kritisierte er die nach wie vor lange Wartezeit, die in den meisten Fällen drei, ja manchmal sogar fünf Jahre beträgt.

Zum Problem der Bodenbeschaffung: Seiner Meinung nach habe die expansive Bodenpolitik zu einem wesentlichen Steigen der Bodenpreise geführt. Die Errichtung und den Betrieb von Gaststätten bezeichnete der Debattenredner als keine kommunale Notwendigkeit. Abschließend regte GR. Krenn an, die Grundkäufe zu reduzieren und statt dessen den Bau von Kindergärten und geriatrischen Abteilungen zu forcieren.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) widmete den Großteil seiner Ausführungen der Wohnbaupolitik. Hier werde, wie er meinte, ein Umdenken stattfinden müssen. Anstatt Quantität und Wahlversprechen sollte hier in erster Linie an die Qualität beziehungsweise an das Wohlbefinden der Bevölkerung gedacht werden.

Zu den Montagebauten: Hier sei noch immer trotz verschiedener Fortschritte die Uniformierung zu beklagen. Am Wohnbaustil habe sich wenig geändert, dieser sei lediglich ein etwa modifizierter Emmentalerstil. GR. Ebert kritisierte weiter die verspätete infrastrukturelle Aufschließung, besonders in den Neubaugebieten. Er urgierte die Schaffung von Möglichkeiten für die Einrichtung zusätzlicher Geschäfte und Handwerksbetriebe. Im Interesse der Konsumenten sollten nicht nur reine Monopolbetriebe angesiedelt werden. Ebenso sprach er sich für eine Verbesserung der Bauqualität, etwa durch eine intensivere Wärmedämmung und einen besseren Schallschutz aus.

Zum Heizproblem: Der Einbau von Notkaminen sollte gerade jetzt in Anbetracht der Energieknappheit gesetzlich verankert werden. Leider sei dies bisher stets von der SPÖ-Fraktion aus Gründen der Billigkeit abgelehnt worden. Der Redner nannte dies eine Fehlleistung und stellte namens seiner Fraktion einen diesbezüglichen Antrag. Mit zwei Fragen wandte er sich direkt an den Berichterstatter. Zum Bauring: Hier wurden kürzlich zwei Direktoren abberufen, was waren die Gründe dafür? Zur UNO-City: Wie diese 8.000 Plätze jemals ausgenützt werden sollen?

GR. Neunteufel (ÖVP) beleuchtete soziale Aspekte des Wohnbaus. Er forderte bei Assanierungsverfahren begleitende Maßnahmen für sozial schwache Gruppen, wie Übersiedlungsbeihilfen und die Möglichkeit, in die alten Wohngegenden nach der Assanierung zurückkehren zu können. Im Rahmen der Stadterneuerung wäre daher auch ein Sozialplan erforderlich.

GR. Margarete Tischler (SPÖ) wies auf positive Leistungen des städtischen Wohnbaus hin. Derzeit seien in städtischen Wohnhäusern 2.470 Aufzüge eingebaut, 1974 könne man mit dem Beginn des nachträglichen Einbaus von 180 Aufzügen für 44,7 Millionen rechnen. Eine Leistungsverbesserung, die auch von den Firmen begrüßt werde, sei die künftige Vergabe von Generalaufträgen für 40 bis 50 Aufzüge, statt der bisherigen Erteilung von Einzelaufträgen.

Die Rednerin verwies auch auf den erfolgreichen Probegalopp mit dem bargeldlosen Mietzinsinkasso in der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost. Ab Juli 1974 werde man auch in den Bezirken 4 bis 9 und 13 bis 17 zu dieser Praxis übergehen.

Für die erfolgreiche Tätigkeit des Wohnungsberatungszentrums spreche die Tatsache, daß in der Zeit vom 1. Februar 1968 bis 30. November 1973 14.452 Zuweisungen für Eigentums- beziehungsweise Genossenschaftswohnungen erfolgen konnten.

Als Landstraßerin kam Frau Tischler noch auf ein Problem zu sprechen, das ihr besonders am Herzen liegt: die Rennwegkaserne, die derzeit zweckentfremdet verwendet werde. Hier biete sich ein großes Areal für die Gestaltung eines schönen, neuen Bezirksteils an. Die Verhandlungen mit den Bundesstellen sollten daher entsprechend vorangetrieben werden.

GR. Dr. Habl (ÖVP) lobte die Tatsache, daß die Ausgabenansätze im Voranschlag 1974 mit einer Erhöhung von rund 22 Prozent weit realistischer seien, als dies bisher gehandhabt wurde. Habl vertrat die Meinung, dies bedeute keine Gefahr, daß Grundstücksspekulanten auf künftige Bauinteressen der Stadt Wien aufmerksam gemacht werden.

Zur Bodenpolitik: "Die ÖVP hat nicht im geringsten die Absicht, Bodenspekulanten zu schützen." Ein gutes Bodenrecht sei jedoch auch kein Wundermittel, mindestens ebenso wichtig sei eine Stadterneuerungspolitik, die der Entvölkerung der Innenbezirke entgegenwirke.

GR. Rautner (SPÖ) illustrierte - als Baugewerkschafter - mit viel Temperament und durch Zahlen belegt, daß gerade die Gemeinde Wien durch ihre Auftragspolitik auf dem Bausektor für eine kontinuierliche Vollbeschäftigung, insbesondere in der Winter-saison, Sorge.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) unterstrich die Impulse, die dieses Budget für das Bauwesen in Wien gebe. Mit ausführlichem Zahlenmaterial belegte er sodann die Bauleistung der Gemeinde Wien seit dem Jahr 1969. Was das vorliegende Budget betrifft, so werden im kommenden Jahr 6,5 Milliarden für den Hochbau vergeben werden, davon entfallen allein 4,5 Milliarden auf den Wohnbau. Dies bedeute, daß im kommenden Jahr mit der Errichtung und Fertigstellung von elftausend bis zwölftausend Wohnungen gerechnet werden kann. Zum Vorwurf, Quantität habe Vorrang gegenüber der Qualität,

meinte er, der kommunale Wohnbau brauche hinsichtlich der Ausstattung, des Schallschutzes und der Wärmedämmung keinen Vergleich zu scheuen, sondern liege vielmehr weit über der vorgeschriebenen Norm. Man werde jedoch auch in Zukunft bemüht sein, die Qualität noch weiter zu verbessern, ohne jedoch deshalb die Quantität im Wohnbau zu verringern.

Zum Problem des Einbaus von Notkaminen: Die aus dem Jahr 1930 stammende Bauordnung wurde 1969 vor allem auf Wunsch der Gemeinnützigen Baugesellschaften geändert. Derzeit gebe es in Wien 75.000 zentralgeheizte Wohnungen, die größtenteils ohne solche Notkamine ausgestattet sind. In zehn Jahren wird es etwa 150.000 bis 160.000 zentralgeheizte Wohnungen geben. Auf Grund dieser Entwicklung gäbe es seiner Meinung nach nur eine einzige richtige Lösung, nämlich große Heizanlagen zu bauen, um so die Versorgung zu sichern. Vor adhoc-Entscheidungen sei allerdings zu warnen.

Abschließend bedauerte Ing. Hofstetter den Umstand, daß die ÖVP-Fraktion das Budget ablehne. Dies sei umso unverständlicher, als von der Opposition keinerlei Anträge als Alternative gestellt wurden.

Entgegen der Meinung des Rechnungshofes vertrat Vizebürgermeister Pfoch in seinem Schlußwort eine Politik der Grundreserven durch die Stadtverwaltung. Bei den vielfältigen Bauaufgaben sei es einfach nicht vertretbar, "von der Hand in den Mund" zu leben. Die Fertigstellung einer Zentralevidenz für Liegenschaften werde er vorantreiben.

Bargeldloses Zinsinkasso: Mit 1. Juli 1974 werde in einer Reihe weiterer Bezirke (siehe auch Rede GR. Tischler, SPÖ) das bargeldlose Zinsinkasso auf freiwilliger Basis eingeführt. Dabei werde so vorgegangen, daß die Wohnhäuserverwaltung mit Hilfe eines Einziehungsauftrages die Beträge von den Konten der Mieter abrufe.

Pfoch betonte auch, daß die Stadtverwaltung nach Kräften in den städtischen Siedlungsschwerpunkten die Ansiedlung von Gewerbebetrieben fördern werde.

Anfang Jänner werde der neue Wohnbauförderungsbeirat einberufen, der sich unter anderem auch mit dem Problem eines verstärkten Schall- und Wärmeschutzes befassen werde. Man müsse sich jedoch darüber klar sein, daß dies eine Verteuerung von zwei bis drei Prozent pro Wohneinheit bedeute.

Kamine: Es berühre merkwürdig, wenn Stadtrat Neusser in einer Fernsehdiskussion von einem Nachbar gegenüber der Montagebau

in der Frage der Notkamine spreche. Die ÖVP habe seinerzeit für die Weglassung der Kamine gestimmt.

Vizebürgermeister Pfoch sprach sich auch sehr deutlich für eine optimale Ausstattung der Wohnungen aus, die den Mietern spätere Investitionen erspare. Versuche mit einer "Mindestausstattung" überlasse er gerne ÖVP-nahen Wohnbaugenossenschaften.

Die Frage, ob Gemeindewohnungen in Eigentum vergeben würden, beantwortete Pfoch mit "nein".

UNO-City: Die projektierten 8.000 Personen- und Sitzungsräume entsprechen den von den Organisationen angemeldeten Bedarf. Das österreichische Konferenzzentrum werde auf 5.000 Personen ausgelegt. Dies deshalb, um im internationalen Konferenzgeschehen mitspielen zu können.

Abschließend bezeichnete es Vizebürgermeister Pfoch als den bedeutendsten Erfolg der Sozialisten, daß die ÖVP von ihrem seinerzeitigen Widerstand gegen den Volkswohnungsbau abgegangen sei und nunmehr selbst Wohnbauprojekte realisiere.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ wurde der Voranschlag der Geschäftsgruppe VII (Wohnen und Liegenschaftswesen) angenommen. Je ein FPÖ- und ein ÖVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen.

Wiener Budget 1974 beschlossen

Kurz vor 16 Uhr leitete der Vorsitzende, Bürgermeister Leopold Gratz, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1974 ein. Das Wiener Budget wurde mit den Stimmen der Sozialisten beschlossen. Ebenfalls mit den Stimmen der SPÖ wurde der Bericht über die Überprüfung der Gebühren zur Kenntnis genommen.

Über den Antrag der ÖVP, die für den Hochwasserschutz vorgesehenen Budgetmittel nur für die Verstärkung der linksufrigen Dämme zu verwenden sowie über die höhere Dotierung verschiedener Ausgabeposten wurde auf Wunsch der FPÖ getrennt abgestimmt. Der Teil "Hochwasserschutz" wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ abgelehnt, der Teil über die Erhöhung von Budgetansätzen mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Der Antrag der ÖVP über ein Eventualbudget wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ abgelehnt.

Morgen Mittwoch, den 19. Dezember, tritt zunächst der Wiener Landtag um 9 Uhr zu seiner letzten Sitzung in diesem Jahr zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt: Novellierung des Getränkesteuergesetzes. (Referent Stadtrat Hans Mayr). Im Anschluß daran nimmt der Wiener Gemeinderat die Beratung des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke für 1974 auf. Referent Stadtrat Franz Nekula. Hierauf wird die restliche Tagesordnung erledigt. Die Sitzung schließt mit einer Ansprache des Bürgermeisters.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

keine kunststoffsaege in oesterreich

9 wien, 18.12. (rk) die fachausschuesse fuer das kommunale friedhofswesen und fuer bestattung des oesterreichischen staedte-bundes befassten sich dienstag in wien mit einem problem, das aus deutschland ''importiert'' wurde: sollen saerge, die aus kunststoffen, pressholz und aehnlichenwerkstoffen bestehen, in oesterreich fuer erd- und feuerbestattungen zugelassen werden? die fachleute kamen zu einer ablehnenden empfehlung, und zwar aus folgenden gruenden:

- o die verrottbarkeit bei erdbestattungen ist mangelhaft.
- o bei kremationen sind rauchbelaestigung, geruchsbelaestigung und beschaedigungen fuer den verbrennungsofen zu befuerchten.

ausschlaggebend fuer die haltung der fachleute ist auch die tatsache, dass aus deutschland einander widersprechende gutachten zu dieser problematik vorliegen.

bestattungsdirektor dipl.-ing. karl p r o e b s t i n g betonte in diesem zusammenhang, dass die gesetzlichen bestimmungen in wien nur saerge aus holz, metall oder gleichwertig verrott-barenmaterialien zulassen. die staedtebund-fachausschuesse tagten im wiener rathaus unter dem vorsitz von oberamtsrat karl o l z i n g e r (linz) und dem wiener bestattungsdirektor proebsting.

1247